



Politik und Wissenschaft beleuchten das Geschehene

Am 11. Juni 2010 startet die Enquete-Kommission mit ihrer Arbeit. Sie besteht aus sieben Abgeordneten des Brandenburger Landtags und sieben Sachverständigen. Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dies der Fraktionsvorsitzende Axel Vogel, als Stellvertreterin die Abgeordnete Sabine Niels und als Sachverständiger der Politikwissenschaftler Helmut Müller-Enbergs.

Die Kommission ist bei ihrer Arbeit auf die Unterstützung der BürgerInnen angewiesen. Arbeiten Sie mit an der „Aufarbeitung der Aufarbeitung“, indem Sie uns an Ihren Erfahrungen und Erlebnissen aus der Übergangphase ins neue Bundesland Brandenburg teilhaben lassen. Schreiben Sie uns, wie Sie die damaligen Vorgänge bewerten und welchen Handlungsbedarf Sie sehen!

Wir haben zu diesem Zweck ein Kontaktformular auf unserer Homepage www.gruene-fraktion.brandenburg.de geschaltet, das Sie unter dem Button „Spezial: Enquete-Kommission“ finden. Sie können uns aber auch einen Brief oder ein Fax an die nebenstehende Adresse mit dem Stichwort „Enquete-Kommission“ schicken.

UNSERE MITGLIEDER DER KOMMISSION



Axel Vogel, MdL, Mitglied der Kommission
Diplom-Kaufmann/-Ökonom, Gründungsmitglied der Grünen, stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Haushaltskontrolle, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft sowie für Haushalt und Finanzen



Sabine Niels, MdL, stellvertretendes Mitglied der Kommission
Sozialwissenschaftlerin, Mitglied des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur



Dr. Helmut Müller-Enbergs, Sachverständiger der Kommission
Politikwissenschaftler, Honorarprofessor am Zentrum für Kalte-Kriegs-Studien der Süddänischen Universität, 1990-1992 Pressesprecher der Fraktion BÜNDNIS 90 im Landtag Brandenburg, dort Mitarbeiter des Stolpe-Untersuchungsausschusses

Kontakt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Telefon 0331-966 1701, Fax 0331-966 1702
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion.brandenburg.de

WARUM AUFARBEITEN?

DIE ENQUETE-KOMMISSION ZUR
„AUFARBEITUNG DER GESCHICHTE
UND BEWÄLTIGUNG DER FOLGEN
DER SED-DIKTATUR“



IM BRANDENBURGER LANDTAG



Wozu aufarbeiten?

Zwei Jahrzehnte sind vergangen, seit Hunderttausende in der DDR auf die Straße gingen und damit den Übergang in einen demokratischen Rechtsstaat auf den Weg brachten. Das ist ein Grund, stolz zu sein – für die BürgerInnen und für die aus ihrer Mitte hervorgegangene Bürgerbewegung, in der auch wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unsere Wurzeln haben. Die Erfahrungen aus dieser friedlichen Revolution wollen wir bewahren und den damals erkämpften demokratischen Grundsätzen weiter Geltung verschaffen – und das natürlich auch hier im Brandenburger Landtag.

Erfahrungsschatz geht verloren

Nach der SED-Diktatur sehnt sich niemand zurück. Sie ist Geschichte. Die Menschen, die sie prägten, sind heute ebenso unsere Nachbarn wie jene, die den Mut hatten, ihr zu widerstehen. Doch 40 Jahre DDR haben Spuren hinterlassen. Mit der Vereinigung wurden aber nicht nur aus DDR-BürgerInnen BundesbürgerInnen, es wurden auch Strukturen und Mentalitäten in das neue gemeinsame Deutschland eingebracht, die fortwirken, im Guten wie im Schlechten. Dieses Erbe gerät bei der Auseinandersetzung um die aktuelle Politik häufig in Vergessenheit. Manche Menschen wollen sich nicht mehr an den Übergang von der DDR in die Bundesrepublik erinnern. Manche verleugnen ihr früheres Tun, mitunter auch die eigene Biographie. Letztlich breitet sich so ein Mantel des Schweigens über das Geschehene. Er behindert den Blick zurück und erschwert zugleich ein Urteil darüber, in welchem Maße der Übergangsprozess – auch im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern – ein Erfolg war und welche Fehler und Versäumnisse zu verzeichnen sind.

Warum die Aufarbeitung aktuell bleibt

Im 20. Jahr des Mauerfalls beherrschten die Übernahme ehemaliger Stasi-MitarbeiterInnen in den Polizeidienst und die Auseinandersetzung um die frühere IM-Tätigkeit von Abgeordneten die Medien. Sie haben die Aufarbeitung der SED-Diktatur zurück in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht. Doch während die Medien mitunter zu wenig Platz für feine, differenzierende Töne haben, sehen wir uns als Abgeordnete in der Pflicht, den



sich hier stellenden Fragen umfassend nachzugehen. Wir wollen innerhalb des Parlaments und in der breiten Öffentlichkeit eine Diskussion darüber in Gang setzen, wie die Aufarbeitung der Folgen des SED-Staates in unserem Bundesland aus heutiger Sicht zu bewerten ist. Wir wollen festhalten, wo dies gelungen ist und wo nicht. Wir wollen dort Empfehlungen aussprechen, wo wir Handlungsbedarf sehen und wir wollen die in dieser Auseinandersetzung gewonnenen Erkenntnisse an die nächste Generation weiter geben.

Eine bündnisgrüne Idee wird zum gemeinsamen Projekt

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich bereits auf der ersten Landtagssitzung der neuen Wahlperiode für die Einsetzung einer Enquete-Kommission ausgesprochen, in der WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen den Aufarbeitungsprozess beleuchten, bewerten und Verbesserungsvorschläge für die Zukunft machen sollen. Anfangs noch eine rein bündnisgrüne Idee, wurde dies bald zu einem gemeinsamen Projekt aller Oppositionsfraktionen. Es mündete im Frühjahr 2010 in der Einsetzung der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ durch den Landtag. Sie soll in den kommenden zwei Jahren unter anderem folgende Fragen behandeln:

- In welchem Zustand befindet sich die demokratische Kultur in Brandenburg heute? Welchen Stellenwert haben Rechtsextremismus, politische Gleichgültigkeit und alte Seilschaften?
- Wie lässt sich das Vertrauen der Menschen in den Staat verbessern? Wie ist dem geringen Interesse an der Politik zu begegnen? Und wie bringt man mehr Menschen dazu, sich für das Gemeinwesen zu engagieren?
- Was wurde im Landtag und auf kommunaler Ebene zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Brandenburg getan? Wie ist mit Stasi-Verstrickungen und mit Belastungen aus Funktionärstätigkeiten umgegangen worden? Ist hier Vertrauen in die politischen Institutionen verloren gegangen, das zurück gewonnen werden muss?
- Wie war die Personalpolitik in den Landesverwaltungen und in den Kommunen und hat sie dazu beigetragen, demokratische, transparente, rechtsstaatliche, bürgernahe und innovative Verwaltungen zu schaffen? Hat sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung gestärkt oder gibt es hier Nachholbedarf?
- Welches Geschichtsbild von der SED-Diktatur und der friedlichen Revolution wird in Schulen, Medien, Politik und Kultur vermittelt? Gibt es einen ausreichenden Wissensstand über die SED-Diktatur, die friedliche Revolution und die deutsche Einheit? Werden Zivilcourage, Toleranz und demokratische Einstellungen genug gefördert? Muss die Politik hier neue Impulse setzen?
- Wie wurden in Brandenburg Benachteiligte und Verfolgte der SED-Diktatur behandelt? Welche Defizite müssen hier gegebenenfalls behoben werden?
- Sind im Zuge der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung in den ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Ansprüche der ehemaligen GenossInnen ausreichend berücksichtigt worden? Kann solchen Defiziten zum Beispiel bei der Vergabe noch nicht privatisierter Flächen entgegengewirkt werden?